

einer allgemeinen Regelung zu gestatten, wenn eine bindende Zusicherung vorliegt, daß ihm die Kanaldurchfahrt möglich sein wird.

Zuvor hatte Eban ebenfalls angedeutet, daß Verhandlungen über eine Regelung des Problems der Palästina-Flüchtlinge, einschließlich der durch den Krieg von 1967 vertriebenen Jordanier, sofort beginnen könnten, ohne eine Regelung der übrigen Truppen- und Grenzfragen abzuwarten.

Der neue israelische Schritt ist aus einer Reihe intensiver Kabinetts-Beratungen in Jerusalem während der letzten Woche hervorgegangen, die der ägyptischen Artillerie-Attacke über den Kanal vom 26. Oktober folgten. Das Kabinett soll erwogen haben, die Mitarbeit an Jarrings Friedensbemühungen aufzugeben, soll sich dann aber für noch einen weiteren Versuch entschlossen haben.

In diplomatischen Kreisen wird auch die Meinung vertreten, daß Israels erfolgreiche Vergeltungsaktion im ägyptischen Hinterland vom 31. Oktober das Gleichgewicht in Jerusalem wieder hergestellt und Abba Eban einen gewissen Verhandlungsspielraum geschaffen habe. Es wird angenommen, daß das Aide-mémoire keinen Hinweis auf Regelungen mit Jordanien enthalten habe. Israels Premierminister Levi Eschkol sagte gestern, daß eine Entmilitarisierung des Jordan-Westufers zu jeder Regelung gehören müsse.

Indirekte Verhandlungen mit dem jordanischen Außenminister Abdel Monem Rifai sind hier durch Gunnar Jarring in Gang gekommen, doch erklärten israelische Kreise, sie seien auch über frühere jordanische Kabinettsminister geführt worden, die jetzt im besetzten Gebiet leben und zu Gesprächen mit König Hussein nach Amman reisen.

Abba Ebans Note enthielt keine Erwähnung der ägyptischen Vorschläge, denen zufolge Jarring einen Zeitplan für die Ausführung der Resolution des Sicherheitsrates vom vergangenen 22. November (1967) aufstellen und der Rat die Einhaltung garantieren sollte.

Statt dessen wiederholte Eban sein Argument, daß er und Riad unter Vermittlung Jarrings zusammentreffen müßten zu einer Diskussion aller Punkte der Resolution des Sicherheitsrates, die nach seiner Behauptung nicht ohne weitere Verhandlungen ausführbar ist.

Diese Resolution zeichnete Schritte vor zu „einem gerechten und dauerhaften Frieden“ und verlangte den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten

Gebieten, Beendigung der Kampftätigkeit und Anerkennung „sicherer und gültiger Grenzen“, freie Durchfahrt durch die internationalen Wasserwege sowie eine Flüchtlings-Regelung.

Indirekter Meinungs austausch. Eban erklärte, er sei bereit, anstelle direkter Verhandlungen mit Riad den indirekten Meinungs austausch über Gunnar Jarring vor einer Aufnahme von Verhandlungen fortzusetzen. Aber in diesem Fall, so fügte er hinzu, benötige Israel Antwort auf sieben Fragen, die bereits früher Gunnar Jarring zur Weiterleitung an Ägypten unterbreitet wurden. Eban fragte: Erkennt Ägypten die Notwendigkeit an, mit Israel eine Übereinkunft über den Inhalt der Resolution des Sicherheitsrates zu treffen?

Ist es bereit, die Waffenstillstandslinien von 1948 und 1967 durch sichere und anerkannte Grenzen zu ersetzen?

Wird es einem „gerechten und dauerhaften Frieden“ zustimmen?

Ferner: Wird Ägypten israelischen Schiffen die Benutzung des Suez-Kanals gestatten?

Nimmt es Israels Vorschläge für den Beginn von Verhandlungen über eine Flüchtlings-Regelung an?

Schließlich: Wird Ägypten neuen Regelungen zustimmen, die geeignet sind, eine Wiederholung der Krisensituation von 1967 zu verhindern, als Präsident Gamal Abdel Nasser plötzlich die Zurückziehung der UN-Sicherheitstruppen verlangte und durchsetzte?

Wird es Israels Souveränität anerkennen und das Ende des Kriegszustandes in weiteren internationalen Dokumenten bekunden, die von beiden Ländern unterzeichnet werden?

Israelische Kreise wiesen nachdrücklich darauf hin, daß ein Truppenrückzug ohne formellen Friedensvertrag es Ägypten wiederum ermöglichen würde, Israel in eine nachteilige Position zu versetzen. Es wurde jedoch gesagt, Abba Eban halte, falls Ägypten Verhandlungen über einen Vertrag auf der Grundlage anerkannter Grenzen zustimmen würde, Schwierigkeiten in praktischen Detailfragen für „nicht unüberwindlich“.

Der Sicherheitsrat hatte ursprünglich eine weitere Sitzung morgen vormittag geplant, um seine Diskussion über die jüngsten ägyptisch-israelischen Zusammenstöße fortzusetzen; jedoch erklärten verschiedene Botschafter heute, daß die Zusammenkunft möglicherweise verschoben wird, um Gunnar Jarrings Arbeit zu erleichtern.

III Drei Pläne für die Zukunft

Die folgenden Ausführungen sind dem in Tel Aviv erscheinenden „Mitteilungsblatt der Olej Merkaz Europa“ (XXXVI/47) vom 22. 11. 1968, leicht gekürzt, mit freundlicher Genehmigung der Schriftleitung entnommen sowie aus einem Beitrag von Erel Guinay aus 'New Outlook' (s. u. Anm. 3).

Die israelische Regierung hat mehr als einmal erklärt, daß sie detaillierte Friedenspläne erst vorlegen würde, wenn sich die Araber an den Verhandlungstisch setzen . . . Die Formel „sichere und durch Vereinbarung bestimmte Grenzen“ deutete bereits darauf hin, daß sich Israel nicht mit den Grenzen begnügen würde, die vor dem Sechstagekriege bestanden. Denn diese haben sich offensichtlich

als nicht „sicher“ erwiesen und waren auch nicht das Resultat eines Friedensschlusses, sondern sind Waffenstillstandslinien. Die Formel ließ aber auch zugleich erkennen, daß man nicht die gesamten besetzten Gebiete beanspruchen würde, denn sonst wäre es nicht notwendig gewesen, von Grenzen zu sprechen, die „durch Vereinbarung“ festgelegt sind.

In den letzten Wochen hat sich das Dunkel, das bisher über die zukünftige Grenzziehung gebreitet war, etwas gelichtet. Ministerpräsident Eschkol hat in seiner politischen Erklärung vor der Knesseth eine Formel für die Behandlung der Meerengen von Tiran verwendet, die

sich von der für den Suezkanal in Aussicht genommenen unterscheidet. Für die Meerengen von Tiran, die den Zugang zum Roten Meer und damit nach dem Osten sichern, wird angenommen, daß an diesem Punkte die Anwesenheit einer israelischen Einheit unabdinglich ist. Das kann nach dem Verschwinden der UNO-Truppen auf die erste Aufforderung Nassers hin nicht wundernehmen. Strategische Erwägungen, die in der letzten Zeit besonders an Bedeutung gewannen, lassen ebenfalls die Absicht und Notwendigkeit erkennen, die Verbindung mit Sharm el Sheikh aufrecht zu erhalten. Dagegen scheint es, daß die Regierung bereit wäre, bei der Erreichung echter Friedensverträge mit Nasser Konzessionen am Suezkanal zu machen. Das ist umso wichtiger, als hier den Ägyptern sowohl ein Prestigegewinn erwächst als auch tatsächlich Einnahmen aus der Eröffnung des Kanals Kairo zufließen und den Russen bewiesen wird, daß wir ihnen in einem gewissen Grade entgegenzukommen bereit sind. Freilich ist die Form des Entgegenkommens und das System der Sicherung der freien Schifffahrt im Kanal noch durchaus undurchsichtig. Immerhin ist der Appell Levi Eschkols an Abdel Nasser, kombiniert mit der verhüllten Formulierung über die Sicherung der freien Schifffahrt, ein Zeichen dafür, daß hier ein Versuch gemacht wird, eines der territorialen Probleme, die bei einem Friedensvertrag gelöst werden müssen, näher zu umreißen.

Über Jerusalem und die Höhen des Golan herrscht anscheinend Einigkeit im Kabinett. . . Die israelische Regierung ist bereit, sowohl Christen wie Moslems Sonderrechte in Jerusalem einzuräumen,¹ aber die Herrschaft über die Stadt soll israelisch bleiben. Da Syrien sich aus der Verhandlung mit Dr. Jarring heraushält und überdies seine Herrschaft über die Golanhöhen eine dauernde Bedrohung der Siedlungen in der Ebene darstellt, wird allgemein angenommen, daß sie unter israelischer Verwaltung bleiben sollen.

Die Geister scheiden sich jedoch, sobald man zu dem Problem von Cisjordanien und zu dem des Gazastreifens gelangt. Hier wird die Herrschaft Israels dadurch kompliziert, daß eine Einbeziehung dieser Gebiete in den Staat Israel die Erhöhung der Zahl der Araber um ungefähr eine Million bedeutet. Sobald die Herrschaft erweitert wird, vergrößert sich nicht nur das Territorium, sondern es kommt auch eine fremdnationale Bevölkerung hinzu. Bisher gibt es nur eine Gruppe, die sich um dieses Problem nicht kümmert und Annexion aller besetzten Gebiete verlangt. Es ist die „Bewegung für ein größeres Israel“, in der sich so verschiedenartige Typen wie Uri Zwi Grünberg und Moscheh Schamir zusammenfinden und die auch in der Regierung nahestehenden Kreisen ihre Anhänger hat.

Dieser vereinfachenden Auffassung stehen eine Anzahl von Plänen gegenüber, die sich durch die Art der Grenzziehung und durch die Stellung zu den Cisjordanern und zu König Hussein unterscheiden. Vizeministerpräsident Jigal Allon ist mit einem Plan hervorgetreten, der Israel die strategische Herrschaft durch Besetzung der Höhen sichert, jedoch Jordanien die Freigabe von Korri-

doren und Gewährung eines Hafens zum Mittelmeer anbietet. Moshe Dayan spricht von einem Plan, der den Block zwischen Hebron, Jerusalem und Beer Schewa durch Juden und Araber gleichzeitig besiedeln will. Dies erinnert in gewissem Sinne an die Projekte eines binationalen Staates. Nathan Jellin-Moor und seine Freunde kämpfen dagegen für die Bildung eines „palästinensischen Staates“, wodurch sie einerseits die Notwendigkeit ausschalten, eine große Zahl Araber unter israelische Herrschaft zu bringen, andererseits über die Weigerung der arabischen Staaten, sich mit Israel zu verständigen, hinwegkommen. . .

Die Ansicht des früheren Finanzministers und jetzigen Generalsekretärs Pinchas Sapir läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Verzicht auf Judäa und Samaria (nicht auf Ostjerusalem! und nicht auf die Golanhöhen) im Falle eines Friedensvertrages, in dem die Entmilitarisierung dieser an Jordanien abzutretenden Gebiete fest vereinbart werden soll.²

Der obengenannte Beitrag im Tel Aviver Mitteilungsblatt stellt ferner fest: „Premierminister Eschkol hat in seiner Rede angedeutet, daß die palästinensischen Araber nicht allein handeln, sondern sich nach Amman richten. Aus seiner Wendung an Nasser ist zu verstehen, daß auch Jordanien nicht selbständig handeln kann, sondern sich wiederum nach Ägypten orientiert. Die Pläne für einen ‚palästinensischen Staat‘ erscheinen demnach heute utopisch. . . Man könnte sogar sagen, daß überhaupt alle Diskussionen über Friedensziele theoretisch bleiben, sofern die Araber die Kooperation am Verhandlungstisch oder bei der Bearbeitung von Vorschlägen an Gunnar Jarring ablehnen. . .“

Gerda Luft

Zu den genannten Plänen und Vorstellungen schreibt Erel Guinay, einer der Mitherausgeber der von jüdischen und arabischen Israelis seit 1957 in der in Tel Aviv in englischer Sprache herausgegebenen Monatsschrift 'New Outlook'³:

Die Araber sind seit ihrem ersten Standpunkt etwas weiter gekommen, indem sie der UNO-Resolution als Ganzes zugestimmt haben. Israel könnte ihnen weiter helfen, wenn es klarer feststellen würde, daß es die Resolution des Sicherheitsrates annimmt, daß ihre Ausführung aber einer Übereinstimmung zwischen Arabern und Juden über die wesentlichen Streitfragen bedarf. Die Araber müssen verstehen lernen, daß jeder weitere Fortschritt blockiert wird, wenn sie nicht deutlicher als bisher sagen, daß das endgültige Ziel aller Bestrebungen ein echter und dauerhafter Friede sein muß.

Es ist klar, daß die Lage, wie sie jetzt ist, nicht lange so bleiben kann. Die Zeit drängt. Wenn nicht beide, die maßgeblichen israelischen und arabischen Persönlichkeiten den Mut haben, ihre Leute so zu leiten, daß diese nicht Extremisten folgen, wird die Frage Krieg und Frieden in diesem Gebiet weniger in der Hand der Araber und Israelis, hingegen mehr und mehr bei den beiden Supermächten liegen, die jetzt um die Herrschaft im Mittelmeer wetteifern.

² Vgl. Zeev Barth: Aus: Israels „Landkarte des Friedens“. In: „Jedioth Chadashot“, Tel Aviv, 22. 11. 1968.

³ Aus: Arguing on the Brink. In: New Outlook (11/9). November-Dezember 1968. p. 13. (Aus dem Englischen übersetzt.)

Im Januar 1969 erschien 'New Outlook' erstmals auf arabisch ('Affak Jadida').

¹ Vgl. Abba Eban: Diplomatischer Status für die Heiligen Stätten. In: FR XIX/69/72, S. 49.